



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 150. Ratssitzung vom 9. Juni 2021

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nr. 2019/512 und 2019/537

4051. 2019/512

Interpellation von Andreas Egli (FDP), Dominique Zygmont (FDP) und 24 Mitunterzeichnenden vom 27.11.2019:

Aktionen von linken Aktivistinnen und Aktivisten gegen Referentinnen und Referenten aus dem konservativen und rechten Meinungsspektrum, generelle Haltung des Stadtrats zur Meinungsäusserungsfreiheit in Zürich sowie mögliche Massnahmen zur Durchsetzung dieses Verfassungsrechts

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 497 vom 10. Juni 2020).

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2019/512 und 2019/537.

Andreas Egli (FDP) nimmt Stellung zur Interpellation GR Nr. 2019/512: Dominique Zygmont (FDP), ich und 24 Mitunterzeichnende wollten vom Stadtrat wissen: «Wie hast du's mit der Meinungsäusserungsfreiheit?» Namentlich dann, wenn die Meinungsäusserung nicht ganz mit dem konform ist, was der Stadtrat zu verkünden pflegt. Die Antworten gefielen uns durchaus. Die Meinungsäusserungsfreiheit gilt ganz im Sinne der Frage auch für den Stadtrat auf dem Stadtgebiet von Zürich grundsätzlich. Der Stadtrat schreibt, dass er gewillt ist, die Meinungsäusserungsfreiheit mit den verfügbaren Mitteln zu verteidigen und zu schützen. Für mich ist insbesondere erfreulich – und in einem gewissen Sinne überraschend, –, dass der Stadtrat den Eindruck erweckte, dass er das Blockieren und Stören von Veranstaltungen mit dem Ziel, andere an der Meinungsäusserungsfreiheit zu hindern, für unakzeptabel hält. Einzelne hier finden das akzeptabel; nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Stadtrat das grundsätzlich für unakzeptabel hält. In der stadträtlichen Antwort zum letzten Punkt ist nicht mehr von der Meinungsäusserungsfreiheit die Rede, sondern von der Ausübung der Meinungsfreiheit. Es ist nicht klar, ob das ein Zugeständnis an die Knilche aus den Kreisen der Juso war, die der Meinung sind, dass sie bestimmen dürfen, was man sagen darf und was nicht. Sie haben das Gefühl, dass sie durch die Organisation von Kohorten, die in der Stadt Krawall machen, einzelne Anlässe verhindern können, die ihnen nicht genehm sind. Selbstverständlich ist der «Marsch für s'Läbe» ein Stichwort. Das ist zufälligerweise die Veranstaltung, die nach der stadträtlichen Antwort auf diese Interpellation keine Bewilligung erhielt. Zufälligerweise, weil sie nicht mit der Meinung des Stadtrats und übrigens auch nicht mit der Meinung von mir übereinstimmt. Aber das ändert grundsätzlich nichts für die Meinungsäusserungsfreiheit, solange die Meinungsäusserung legal ist. Wenn man diese Meinung nicht teilt, kann man noch so lange Antworten schreiben und noch so klare schriftliche Erklärungen abgeben – die Glaubwürdigkeit im Interesse der Meinungsäusserungsfreiheit erhält man nicht mit Worten, sondern mit Taten. Ich haben wiederum meine Zweifel darüber, was im Sicherheitsdepartement geschieht mit dieser Art von Bewilligungserteilung oder Bewilligungsverweigerung.

Weitere Wortmeldungen:

Ernst Danner (EVP): *Ob es sinnvoll ist, die beiden Vorstösse gemeinsam zu behandeln, ist diskutabel. Ich äussere mich zur ersten Interpellation. STR Karin Rykart ist nicht mehr hier, es ist aber eine Geschichte, die ihr Departement betrifft und ich will sie kritisieren – eigentlich in ihrer Anwesenheit. Ich stelle fest, dass der Stadtrat auch in diesem Jahr den «Marsch für s'Läbe» wieder nicht bewilligte. Der Statthalter musste wieder einen gutheissenden Entscheid machen. Das grenzt beinahe an etwas Skandalöses. Wir haben das Urteil des Verwaltungsgerichts, das eine Bewilligung verlangt und wieder muss sich der Statthalter äussern. Mich hätte interessiert, was STR Karin Rykart dazu meint. Ich spreche zu einer leeren stadträtlichen Bank. Das halte ich für eine Respektlosigkeit gegenüber dem Gemeinderat.*

Derek Richter (SVP): *Können Sie sich an das Zitat von Rozalia Luxemburg auf der Plakette erinnern, das ich vorlas? Sie haben es bereits vergessen. Wir können stundenlang über Vorstösse diskutieren. Oder wir haben Meinungsfreiheit in der Stadt. Ich sehe sie ernsthaft gefährdet.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Die Alternative Liste bedauert sämtliche Ereignisse, die zur Einreichung der beiden Interpellationen führten. In demokratischen Systemen gibt es keine Rechtfertigung, um Gewalt anzuwenden – keine interpersonelle, keine institutionelle, keine strukturelle und keine epistemische Gewalt. Wir lehnen jedoch nicht nur im Abstrakt die Gewalt ab, sondern gehen einen Schritt weiter und äussern unser Mitleid den betroffenen Personen gegenüber. Keine Politikerin und schon gar nicht ihre Familienangehörigen müssen sich in unserem Staat solchen Angriffen aussetzen – erst recht nicht an öffentlichen Veranstaltungsorten, die essenziell zur kontroversen Meinungsbildung beitragen. Gleichzeitig sind wir nicht naiv. Wir wissen, dass alle drei betroffenen Herren ein ausserordentlich spezielles Verhältnis zur Gewalt haben. Während wir hier unisono das «Milkshaking» als Gewalttat ablehnen, verteidigen die Herrn Baur und Köppl auf ihren Kanälen beispielsweise den Sturm auf das Capitol vom Januar 2021 als «friedliche Protestbewegung». Während Schokoladenflecken auf seidenen Krawatten als Menschenrechtsverletzung gelten, erachten die beiden Herren die Wut, die Zerstörung und wahrscheinlich auch die fünf Toten des Überfalls auf das Capitol als nicht so positive Konsequenz eines ansonsten total friedlichen Ereignisses, das das Ziel hatte, das demokratische Wahlresultat zu kippen. Gewalt wird offensichtlich mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Mit solchen Voraussetzungen wäre es für uns einfach, beide Herren als Opfer zu blamieren. Man könnte sagen, dass sie Provokateure sind und mit solchen Reaktionen rechnen müssen. Aber das tun wir genau nicht. Wir lassen an dieser Stelle diesen Herren jene demokratische Empathie zukommen, die ihnen am laufenden Band fehlt. Bei Axel Kaiser liegt der Fall noch krasser. Er vertritt offen die Meinung, dass Gewalt zugunsten der Durchsetzung der ordoliberalen Marktordnung in Kauf genommen werden kann. In der Vergangenheit hat er wiederholt den Putsch in Chile im Jahr 1973 bis an den Rand der Verleugnung relativiert und verniedlicht. Über 40 000 Tote, tausende Vergewaltigungen, Folter, Kinderraub und vieles mehr sind für Herrn Kaiser ein*

gerne zu bezahlender Preis, damit sich der neoliberale Markt entfalten kann. Ein fliegendes Milchgetränk ist dann jedoch ein gewaltsames Attentat. Es erstaunt daher nicht, dass Herr Kaiser als sogenannter Liberaler das Konzept der sogenannten guten Diktatur verteidigt. Axel Kaiser liebt es, den gewalttätigen Splitter in fremden Augen anzuprangern und die Brutalität des Balkens im eigenen Auge zu verdrängen. Ein lupenreiner, gewaltablehnender Demokrat würde anders handeln. Das Problem der strukturellen Gewalt ist aber leider nicht nur beim chilenischen Gast, sondern auch bei den helvetischen Gastgebernden zu finden. Wer zu einer Veranstaltung einlädt mit dem Hinweis, dass das chilenische ökonomische Modell der 1970er-Jahre «gescheitert sei», betreibt Geschichtsrevisionismus der übelsten Art. Salvador Allende scheiterte nicht mit einem ökonomischen oder politischen Modell. Präsident Allende wurde am 11. September 1973 wortwörtlich vom Präsidentenpalast weggebombt und von seinen Schergen in den Suizid getrieben. Daher wäre es begrüssenswert, wenn jemand dem Hayek Club Zürich ein Geschichtsbuch und einen Duden schenken würde. Vielleicht könnte die elitäre Vereinigung bessere Werbungen für ihre Anlässe verfassen – zumindest solche, die bei den Opfern des Terror-Regimes nicht alte Wunden aufreisst, was ohne strukturelle Gewalt nicht möglich wäre. Genau an dieser Stelle wäre es interessant, von den Interpellantinnen zu erfahren, ob sie sich auch von dieser Art von Gewalt distanzieren. Axel-Kaiser-Schriften mögen für Sie einen theoretisch diskursiven Charakter besitzen. Für Menschen aus Chile, die vor einem Gewaltregime flüchteten, in Zürich leben und Teil unserer Gesellschaft sind, wirken sie sich fatal aus. Ich hoffe sehr, dass Sie einen solchen Schreibtischtäter weder verteidigen noch gutheissen. Am schwierigsten finde ich die Antworten des Stadtrats; wie er mit dem popperschen Toleranz-Paradoxon umgeht. Es wäre seine Aufgabe, über die demokratischen Grenzen der Toleranz, beziehungsweise der Intoleranz zu wachen. Ich empfehle dem Stadtrat, dass er sich mit der Universität Zürich in Kontakt setzt, wo man weiss, wie man mit solchen kritischen Situationen umgeht.

Luca Maggi (Grüne): Ich will auf die drei Vorredner replizieren, die die demokratische Meinungsäusserung und die freie Versammlung in Gefahr sehen. Ich bin auch der Meinung, dass Demonstrationen und Kundgebungen grundsätzlich nicht an einer Bewilligungspflicht unterlegt werden sollten. Denn dort haben wir diese Problematik. An irgendwelchen Kriterien muss die staatliche Behörde abwägen, ob sie die Bewilligung für eine Demonstration erteilt oder nicht. Es wird nie jemand damit einverstanden sein. Beim «Marsch für s'Läbe» vergessen Sie stets, dass der Stadtrat und das Polizeikommando klar festhielten, dass es nicht inhaltliche Gründe der Kundgebung sind, warum die Bewilligung nicht erteilt wurde. Es sind sicherheitstechnische Gründe. Ich führe diverse Verhandlungen mit der Stadt, wenn es darum geht, für eine Kundgebung eine Bewilligung zu erhalten. Auch ich beisse mir dabei die Zähne aus. Ich kann mir vorstellen, dass die Verhandlungspartner vom «Marsch für s'Läbe» besonders unkooperativ waren und darum keine Einigung finden konnten, um ihre Kundgebung ordentlich durchführen zu können. Auch wenn ich alles, was dort vertreten wird, absolut verwerflich finde, muss ich sagen, dass es auch für solche Kundgebungen in Zürich grundsätzlich Platz haben muss. Wenn Sie auch der Meinung sind, dass man die unsäglichen Debatten darüber, an welchen Kriterien eine solche Bewilligung aufgehängt wird, dann erhalten Sie eine Gelegenheit. Wir fordern zusammen mit der AL in der Motion GR Nr. 2020/243, dass die Bewilligungspflicht, dieser demokratisch fragwürdige alte Zopf, endlich abgeschafft und durch

4 / 5

ein einfaches Meldeverfahren ersetzt wird. Der Dringlichkeit stimmten Sie leider nicht zu. Ich bin gespannt, ob Sie schliesslich der Motion zustimmen werden.

Dominique Zygmunt (FDP): *Dr. David Garcia Nuñez (AL) machte etwas Interessantes. Mir geht es nicht darum, inhaltlich jemanden zu verteidigen, der an dieser Veranstaltung sprach. Ich distanziere mich von jedem, der undemokratisch Geschichtsrevisionismus betreibt. Dr. David Garcia Nuñez (AL) tat das, was genau mit der Meinungsfreiheit möglich sein soll: die Gegenrede. Wir kritisieren, dass an der Veranstaltung genau das unterbunden wurde, die Rede und Gegenrede. Jemand konnte seine Meinung nicht äussern, weil eine gewisse Gruppierung mit undemokratischen Mitteln das verunmöglichte. Es ist unsere Aufgabe, die Meinungsfreiheit nicht nur mit schönen Worten zu beschreiben und mit schönen Worten uns dafür einzusetzen. Vielleicht haben wir tatsächlich ein Problem in unserer Gesellschaft. Wenn es zu einer Eskalation kommt, wie das in den Fällen in den beiden Interpellationen der Fall war, dann ging das bereits viel zu weit. Es braucht aber nicht immer diese Eskalation, um sich Gedanken darüber zu machen, wo wir mit der Meinungsfreiheit stehen. Wenn ich daran denke, wie andere Meinungen heutzutage behandelt werden, beispielsweise auf sozialen Medien, dann glaube ich, dass es unsere Aufgabe wäre, sich vertieft darüber Gedanken zu machen, wie wir die hehren Worte, die hier auch vom Stadtrat geäussert wurden, mit Taten füllen. Unsere politische Kultur ist uns allen sehr viel Wert und wir müssen ihr Sorge tragen können. Es gehört zur Schweiz, dass wir Meinungen äussern können. Das macht unsere politische Kultur aus: Wir hören einander zu, und auch wenn wir anderer Meinung sind, respektieren wir einander. Ich wünsche mir, dass wir jetzt nicht nach Hause gehen und denken, dass wir uns über Meinungsfreiheit unterhalten hätten und nun alles wieder gut sei. Es wäre Zeit, dass wir uns nochmals zusammensetzen und uns überlegen, wie genau wir unserer politischen Kultur Sorge tragen können.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

4052. 2019/537

Interpellation der SVP-Fraktion vom 04.12.2019:

Tätlicher Angriff in der Buchhandlung/Bar «sphères» vom 27. November 2019, Haltung des Stadtrats zum Vorfall und zur genüguenden Äusserung eines städtischen Angestellten sowie Massnahmen zur Verhinderung solcher Situationen zum Schutz der gesamten Bevölkerung

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 409 vom 13. Mai 2020).

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/512, Beschluss-Nr. 4051/2021.

Das Geschäft ist erledigt.

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat